

## Beschlüsse Landesdelegiertentag 2013

Antrag	Antragsteller	Gegenstand	Beschlussfassung (Der 30. Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei hat beschlossen,...)
Leit Antrag	GsV	„Kompetenz durch Vielfalt“	Angenommen
P 001	Tarifkommission	„Arbeitsbedingungen verbessern“	Angenommen  <i>„die Politik aufzufordern, der Arbeitsverdichtung und dem damit verbundenen Stress sowie der mit diesen Bedingungen einhergehenden Verschlechterung des Klimas innerhalb der Polizei Niedersachsen entgegen zu wirken und zu verhindern, dass Arbeit krank macht.“</i>
P 002	BG LKA	Alternierende Telearbeit	Angenommen  <i>„dass die 81er-Vereinbarung zur alternierenden Telearbeit in den TV-L und das NBG übernommen, aber auch inhaltlich weiter entwickelt wird und als weitere Konkretisierung in die jeweiligen Abschnitte Arbeitszeit einfließt. Hierdurch werden die Aspekte audit „berufundfamilie“ (Pflege von Angehörigen, Sorge um Kinder) und Demografie (altersgerechtes Arbeiten) unmittelbar geltendes Recht, was eine Umgehung bzw. Aushebelung erschweren wird.“</i>
P 003	BG LKA	„Kinderzeit“ 2/3-Regelung für beide Eltern	Angenommen  <i>„dass Müttern und Vätern mehr „Kinderzeit“ gewährt wird, indem Zwei-Drittel-Stellen für beide Eltern mit vollem Renten- und Sozialversicherungsausgleich für Tarifbeschäftigte und einer vergleichbaren Regelung für Beamtinnen und Beamte, zur Verfügung gestellt werden.“</i>
P 004	KG Braunschweig	5 Tage mehr Urlaub ab 50. Lebensjahr	Angenommen  <i>„ dass Beschäftigte, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, eine Anhebung des Urlaubsanspruches um fünf Tage bzw. 40 gut zu schreibende Mehrdienststunden jährlich erhalten, um aufgrund der altersbedingt längeren Regenerationszeit auch nur annähernd den gleichen urlaubsbedingten Erholungswert wie die jüngeren Kolleginnen und Kollegen zu erreichen.“</i>
P 005	KG Braunschweig	Tag der offenen Tür	Angenommen  <i>„ dass der in Niedersachsen per Erlass vorgegebene Tag der offenen Tür aufgehoben wird.“</i>

P 006	BG ZPD	<b>Kennzeichnungspflicht</b>	Angenommen  <i>„dass eine personalisierte und individuelle Kennzeichnung der Kolleginnen und Kollegen nicht, insbesondere auch nicht in geschlossenen Einsätzen, über die polizeitaktische Kennzeichnung hinaus vorgenommen wird.“</i>
P 007	Landesseniorenvorstand	<b>Menschenwürdige Pflegebetreuung</b>	Angenommen  <i>„dass eine menschenwürdige Pflegebetreuung für alle Bürgerinnen und Bürger durch eine ausreichende gesetzliche Pflegeversicherung garantiert ist.“</i>
P 008	Landesfrauenvorstand	<b>Reinigungsaufgaben durch Tarifpersonal</b>	Angenommen  <i>„dass die Vergabe von Reinigungsaufgaben in den niedersächsischen Polizeidienststellen an Fremdfirmen rückgängig gemacht und zukünftig wieder durch eigenes Tarifpersonal die erforderlichen Reinigungsaufgaben durchgeführt werden.“</i>
B 001	FA Schutzpolizei	<b>DUZ 5 €/St. und dynamisieren</b>	Angenommen in der Fassung:  <i>„dass die Vergütung für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ) mit mindestens 5,- Euro pro Stunde festgesetzt wird und fortfolgend, analog der stattfindenden Gehaltserhöhungen, erhöht wird.“</i>
B 002	FA Verwaltung	<b>Sachgerechte Bewertung DP Verwaltung Laufbahngruppe 2</b>	Angenommen in der Fassung:  <i>„dass in der Laufbahngruppe 1 und 2 des Polizeiverwaltungsdienstes alle Dienstposten sachgerecht bewertet werden.“</i>
B 003	FA Verwaltung	<b>Durchgeschlüsselte Hebungen für Polizeiverwaltung</b>	Angenommen  <i>„dass für den Polizeiverwaltungsdienst im nächsten Personalhaushalt für die Flächendirektionen jeweils durchgeschlüsselte Hebungen von A 9 nach A 14 eingebracht werden.“</i>
B 004	FA Verwaltung	<b>Verwaltungsspezifische Aus- und Fortbildung</b>	Angenommen  <i>„dass umgehend eine spezifische Aus- und Fortbildung für die Polizeiverwaltungsbeamtinnen und -beamten von der Polizeiakademie Niedersachsen konzipiert und angeboten wird.“</i>
B 005	FA Verwaltung	<b>Perspektiven für wissenschaftlich</b>	Angenommen

		he Sachverständige beim LKA	<p><b>„dass die berufliche/Laufbahnperspektive für die wissenschaftlichen Sachverständigen im LKA Niedersachsen verbessert wird.</b></p> <p><b>Dies könnte durch eine Änderung der Stellenstruktur in den entsprechenden Dezernaten / Fachgruppen durch Schaffung einer Anzahl an höherwertigen Stellen (A 15 / E 15) erfolgen. Da vielen Sachverständigen auch Führungsaufgaben / Personalführung sowie die Leitung von essentiellen Projekten (z. B. Personalbedarfsplanung, Verbesserung des Labordaten-managements, Organisation der Fremdvergabe von Untersuchungsaufträgen, Verbesserung der Laborautomatisierung, Neubauplanung usw.) übertragen sind, wäre dies durch die Aufgabenstellung begründbar. Ergänzend zur Schaffung von Perspektiven wäre auch die Wiedereinführung der Verbeamtung zur Verbesserung der Berufszufriedenheit geeignet. Einzelne Bundesländer führen diese Möglichkeit bereits wieder ein.“</b></p>
B 006	FA Verwaltung	Ausbildung Verwaltung Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt	<p>Angenommen</p> <p><b>„dass die fachbezogene Ausbildung für den Polizeiverwaltungsdienst, Laufbahngruppe 2 – 1. Einstiegsamt – wieder aufleben zu lassen. Dabei ist zunächst an die Schaffung eines Ausbildungszweiges „Polizeiverwaltung“ bei der PA Niedersachsen zu denken. Ersatzweise dazu sind das Studium B.A. Öffentliche Verwaltung an der HS Osnabrück mit polizeibezogenen Studieninhalten auszustatten, sowie eine Bindung an die Polizei während der durchzuführenden Praktika durch z.B. Vorverträge oder die Erstattung von Studiengebühren sicherzustellen.“</b></p>
B 007	BG LKA	EU-Arbeitszeitregelungen auch für Polizeivollzug	<p>Angenommen</p> <p><b>„dass die EU-Grundlagen der Arbeitszeitregelungen, die mittlerweile in das Landesbeamtenrecht eingeflossen sind, auch für den Polizeivollzug zur Anwendung kommen, damit diese wesentlichen Grundlagen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes umgesetzt werden können.“</b></p>
B 008	BG LKA	Anhebung Erschwerniszulagen SEK, MEK auf Bundesniveau	<p>Angenommen</p> <p><b>„dass die Erschwerniszulage für die Spezialeinheiten (MEK und SEK), die in Niedersachsen zurzeit 153,39 € (brutto) beträgt, auf das Niveau vergleichbarer Spezialeinheiten des Bundes von derzeit MEK des BKA 300 € bzw. GSG 9 400 €, angehoben wird.“</b></p>
B 009	BG LKA	Verbeamtung aller promovierten	Angenommen

		Wissenschaftler KTI	<i>„dass alle derzeit tarifvertraglich als Sachverständige im KTI beschäftigten promovierten Wissenschaftler (EG 14) und künftig alle neu einzustellenden promovierten Wissenschaftler im KTI des LKA Niedersachsen verbeamtet (A 14) werden.“</i>
B 010	BG Braunschweig	Resolution Beurteilungen	<p>Angenommen als Arbeitsmaterial</p> <p><i>„dass</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><i>• der bestehende Beurteilungserlass überarbeitet wird.</i></li> <li><i>• die Regelbeurteilungen bis einschließlich des Amtes A 11 abgeschafft werden.</i></li> <li><i>• die Folge der Ernennungen bis ins Amt A 11 in der Laufbahn VO-Polizei in Zeitschritten festgelegt wird.</i></li> <li><i>• Personalentwicklungsgespräche bei allen sachbearbeitenden Mitarbeitern/-innen an die Stelle der Regelbeurteilungen treten.</i></li> <li><i>• für die Bewerbungen auf Dienstposten ab A 12, Beurteilungen aus besonderem Anlass gefertigt werden. Die Binnendifferenzierung im Bereich -C- ist dabei aufzuheben, um eine Gleichbehandlung mit dem Verfahren in der allgemeinen Landesverwaltung zu erreichen.</i></li> <li><i>• bei Mitarbeitern/-innen mit Führungsfunktion Personalentwicklungsgespräche mit dem Schwerpunkt Führungsleistung an die Stelle von Regelbeurteilungen treten.“</i></li> </ul>
B 011	KG Goslar	Aufhebung Beförderungserlass	<p>Angenommen</p> <p><i>„dass der bestehende Beförderungserlass des Landes ersatzlos aufgehoben wird.“</i></p>
B 012	KG Helmstedt	Planstellen A 10	<p>Angenommen</p> <p><i>„dass die 2-geteilte Laufbahn auch mit den dementsprechenden Planstellen, ab A 10, fortgeschrieben wird, damit es nicht mehr zu den zurzeit vorliegenden hohen Standzeiten im Eingangsamts A9 kommt.“</i></p>
B 013	KG Helmstedt	Altersteilzeit Polizeibeamte	<p>Angenommen</p> <p><i>„dass der Absatz 5 des § 109 NBG gestrichen wird, damit es auch für Polizeibeamtinnen und -beamte die Möglichkeit der Altersteilzeitnutzung gibt. Zusätzlich sollte in § 109 NBG der besonderen Altersgrenze von 62 Lebensjahren Rechnung getragen werden, indem die Altersteilzeit mit Beginn des 57. Lebensjahres beantragt werden kann.“</i></p>

B 014	BG Braunschweig	<b>Überprüfung DP- Bewertungen</b>	Angenommen  <i>„dass die Dienstpostenbewertungen im Bereich der Polizei des Landes Niedersachsen neu geprüft werden.“</i>
B 015	BG Braunschweig	<b>Neufassung § 66 BeamtVG</b>	Angenommen  <i>„dass bei der nächsten Überarbeitung des damaligen § 55 des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) und des heutigen § 66 in dem heutigen Niedersächsischen Beamtenversorgungs-gesetz das Urteil des Europäischen Gerichtshofes eingearbeitet und die gesetzliche Grundlage neu gefasst wird.“</i>
B 016	BG Braunschweig	<b>Laufbahnverlau fsmodell</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial  <i>„dass ein zukunftsorientiertes Laufbahnmodell für die Polizei Niedersachsen zu entwickeln. Es sollte als Ziel eine/n Polizeibeamtin/en kreieren, der seine Bewertung nach dem Studium erhält und behält. Darauf aufbauend sind Führungsdienstposten mit höheren Bewertungen zu schaffen, die dann über Bewerbungen nach entsprechender Zusatzqualifikation erreichbar sind.“</i>
B 017	BG Braunschweig	<b>Eigene Eheschließung in Sonderurlaubs VO</b>	Angenommen  <i>„sich für eine Änderung der SonderurlaubsVO einzusetzen. Der Paragraph 9 ist durch den Spiegelstrich: - eigene Eheschließung zu ergänzen.“</i>
B 018	BG Braunschweig	<b>Sofortige Nutzung freier Planstellen oder 4 Beförderungster mine</b>	Angenommen  <i>„sich dafür einzusetzen, dass die Planstellen unmittelbar nach Freiwerden wieder genutzt werden dürfen. Sollte das nicht durchzusetzen sein, sollten aus den zurzeit aktuellen zwei Beförderungsterminen pro Jahr (Juni und Dezember) ab 2014 vier Beförderungstermine gemacht werden.“</i>
B 019	BG Braunschweig	<b>Landesplanstel lenausgleich einschließlich A 11</b>	Angenommen  <i>„dass das Landespolizeipräsidium wieder einen Landesplanstellenausgleich einschließlich der Besoldungsgruppe A 11 entwickelt.“</i>
B 020	BG Braunschweig	<b>DP-Einrichtung und – Bewertung für regionale Leitstellen</b>	Angenommen in der Fassung:  <i>„dass bei der Einrichtung von regionalen Leitstellen die dafür erforderlichen Dienstposten zusätzlich eingerichtet und dementsprechend bewertet werden.“</i>

B 021	BG Göttingen	<b>Anpassungszuschlag</b>	Angenommen  <b>„dass der Anpassungszuschlag auch in Niedersachsen wieder gezahlt wird.“</b>
B 022	BG Göttingen	<b>Freie Heilfürsorge ohne Gehaltsabzug</b>	Angenommen  <b>„dass für alle Polizeivollzugsbeamtinnen und – Beamte die Freie Heilfürsorge ohne Gehaltsabzüge wieder eingeführt wird.“</b>
B 023	BG Göttingen	<b>Aufwandsentschädigung Versorgung Diensthunde</b>	Angenommen  <b>„dass die Aufwandsentschädigung für die Versorgung von Diensthunden / ausgesonderten Diensthunden in Niedersachsen auf den Stand der Regelung der Bundespolizei bzw. des Zolls angepasst wird.“</b>
B 024	BG Lüneburg	<b>Flexibilisierung der Altersgrenze</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial  <b>„dass eine Flexibilisierung der Altersgrenze eingeführt wird.“</b>
B 025	BG Lüneburg	<b>Jährliche Mitteilung über Höhe zu erwartender Versorgungsbezüge</b>	Angenommen  <b>„dass Beamtinnen und Beamte des Landes Niedersachsen eine jährliche Mitteilung über die Höhe der zu erwartenden Versorgungsbezüge erhalten.“</b>
B 026	BG Lüneburg	<b>Perspektiven für Verwaltungsbeamte</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial  <b>„dass die Perspektiven für Verwaltungsbeamte in der Polizei ausgebaut werden.“</b>
B 027	BG Oldenburg	<b>Antragsfristen Verschiebung Ruhestand</b>	Angenommen  <b>„dass das Niedersächsische Beamtengesetz in den §§ 37 und 109 dahingehend zu verändern, dass Ausnahmen zur Antragsfrist eingearbeitet werden, wie sie sich im § 109 NBG in Bezug auf den § 36 NBG bereits wiederfinden.“</b>
B 028	BG Oldenburg	<b>Änderung Erschwerniszulagenordnung DUZ-Nachtdienst - Sofortlagen</b>	Angenommen  <b>„dass die Erschwerniszulagenordnung dahingehend geändert wird, dass der Dienst zu ungünstigen Zeiten im Anschluss an Nachtdienste weiter gewährt wird, wenn der Nachtdienst aufgrund von Sofortlagen oder unaufschiebbaren Nacharbeiten nicht zeitgerecht beendet werden kann.“</b>

B 029	BG Oldenburg	<b>Orientierung Wechselschichtzulage am gesamten Jahr</b>	Angenommen  <i>„dass die Erschwerniszulagenordnung dahingehend geändert wird, dass die Wechselschichtzulage sich auch an den im gesamten Jahr geleisteten Nachtdiensten orientiert; also bei geleisteten 450 Nachtdienststunden sind die Voraussetzungen für die volle Wechselschichtzulage Euro in jedem Monat erfüllt.“</i>
B 030	BG Oldenburg	<b>Aus- und Fortbildung für Verwaltungspersonal</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag B 004  <i>„dass Aus- und Fortbildung für Verwaltungspersonal – Reisekosten, Erschwerniszulagenwesen, Personalwesen, Rechtsanwendung usw.- durch den Aus- und Fortbildungsträger der Polizei (die Polizeiakademie) angeboten wird.“</i>
B 031	BG Osnabrück	<b>Pauschalvergütung Tätigkeit an Leichen</b>	Angenommen  <i>„dass die Pauschalvergütung nicht nur auf die Leichenöffnungen (Obduktionen) beschränkt ist, sondern auch die dienstliche Tätigkeit an Leichen miteinbezieht. Identifizierung, Leichenschau, Sicherung von beweiserheblichem Material an Leichen. Gleichzeitig eine Anpassung der Vergütung von 7,65 Euro auf mindestens 15,00 Euro (früher 15,00 DM).“</i>
B 032	BG Osnabrück	<b>Heilfürsorge für alle</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag B 022  <i>„dass wieder allen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten zur Absicherung im Krankheitsfall Heilfürsorge gewährt wird.“</i>
B 033	BG Osnabrück	<b>Bereitschaftsdienst auch außerhalb Castor 1:1</b>	Antrag zurückgezogen
B 034	BG ZPD	<b>Stufenvertretung PRe in ZPD</b>	Angenommen  <i>„dass in der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen wieder die zweistufige Organisation der Personalvertretung (Örtliche Personalräte und Bezirkspersonalrat) eingeführt wird.“</i>
B 035	BG ZPD	<b>Abschaffung Beurteilungsverfahren</b>	Angenommen  <i>„das seit 01.01.2007 gültige Beurteilungsverfahren für Beschäftigte in der Polizei Niedersachsen abzuschaffen.“</i>
B	FA	<b>Belastungszula</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial

036	Bereitschaftspolizei	<b>ge im Sinne der ErschwerniszulagenVO</b>	<b>„dass den Polizeibeamtinnen und -beamten im operativen Dienst der Bereitschaftspolizei eine Belastungszulage im Sinne der Erschwerniszulagenverordnung analog der Schichtzulagen gewährt wird.“</b>
B 037	JUNGE GRUPPE	<b>Wartezeiten nach A 10 deutlich verkürzen</b>	Angenommen <b>„dass die Wartezeiten bei Beförderungen von A 9 nach A 10 deutlich verkürzt werden.“</b>
B 038	Landesseniorenvorstand	<b>Streichung § 45 BeihilfeVO (Eigenbehalte)</b>	Angenommen <b>„dass der § 45 (Eigenbehalte) der Nds. Beihilfeverordnung gestrichen wird.“</b>
B 039	BG LKA	<b>Versorgungsrücklage</b>	Angenommen <b>„dass die Änderung des Nds. Versorgungsrücklagengesetzes vom 28.10.2009 (Nds. GVBl. 2 4/2009) zurückgenommen wird und wieder eine Versorgungsrücklage geschaffen wird, auf die der Gesetzgeber in Zukunft keinen Zugriff haben darf.“</b>
B 040	Landesfrauenvorstand	<b>Erhöhung Sonderurlaub / Arbeitsbefreiung zur Kinderbetreuung</b>	Angenommen <b>„dass eine Erhöhung der Sonderurlaubstage / Arbeitsbefreiung zur Betreuung von Kindern bei – insbesondere längerfristigen – Erkrankungen und während Kuren erwirkt und eine unbürokratische Abwicklung angeordnet wird.“</b>
B 041	Landesfrauenvorstand	<b>Keine Versorgungslücke nach Scheidung</b>	Angenommen <b>„dass geschiedene Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen bei Eintritt in den Ruhestand bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter keine Versorgungslücke erleiden.“</b>
D 001	FA Schutzpolizei	<b>Neue Warnjacke</b>	Angenommen in der Fassung <b>„dass alle Mitarbeiter/-innen, die im Einsatz und Streifendienst eingesetzt werden, mit einer „Sicherungsjacke“ in der Farbe Signalgelb der Schutzklasse 3 gem. EN 471 ausgestattet werden können. Die Jacke muss vor sämtlichen Witterungseinflüssen (Wind, Regen, Kälte) schützen und aufgrund der farblichen Kenntlichmachung eine optische Signalwirkung ausreichend „ausstrahlen“. Nur so kann ein „sicheres“ Arbeiten gewährleistet werden. Weiterhin muss ein schneller Zugriff auf sämtliche FEM am Gürtel (Schusswaffe, Pfefferspray, Handschellen, usw.) möglich sein. Einige der oben</b>



			<b>genannten Punkte werden von der derzeitigen „Wetterschutzjacke, SIGNALGELB“ nicht erfüllt.“</b>
D 002	FA Schutzpolizei	<b>LED-Taschenlampe</b>	Angenommen  <i>„dass alle Kolleginnen und Kollegen wieder die Möglichkeit bekommen, die vom LZN angebotenen LED-Taschenlampen der Marke Lenser, als persönlichen Ausrüstungsgegenstand, über das persönliche Bekleidungsbudget, zu erwerben.“</i>
D 003	FA Schupo	<b>Autositze im FuStW für druckfreies Sitzen mit Gürtel</b>	Angenommen  <i>„dass für die FuStW Autositze (Fahrer / Beifahrer) entwickelt und gekauft werden, die es den Einsatzbeamten ermöglichen, mit der erforderlichen, persönlichen Ausrüstung am Gürtel druck- und beschwerdefrei, auch über längere Zeit, im Streifenwagen sitzen zu können.“</i>
D 004	FA Schupo	<b>6 Tage Schichtdienstzusatzurlaub</b>	Angenommen  <i>„dass jährlich bis zu 6 Tage Schichtdienstzusatzurlaub (SZU) erreicht werden können.“</i>
D 005	FA Verwaltung	<b>Einstellung 75 Verwaltungsbeamte</b>	Angenommen  <i>„dass umgehend 75 Polizeinspektoren/-innen wiedereingestellt werden, die in den letzten Jahren abgebaut und durch Polizeivollzugsbeamte ersetzt wurden.“</i>
D 006	BG LKA	<b>ArbeitsschutzG – psychische Belastungen</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial  <i>„dass sich auch das Land Niedersachsen dafür einsetzt, eine Verordnung zum Arbeitsschutzgesetz mit der Verpflichtung, auch die psychischen Belastungen bei der Arbeit festzustellen, und Maßnahmen zum Schutz vor diesen Belastungen zu ergreifen. Die Länder Hamburg, Bremen, NRW und Brandenburg haben einen entsprechenden Antrag im Mai 2013 in den Bundesrat eingebracht (Bundesrat Drucksache 315/13 vom 24.04.13).“</i>
D 007	KG Helmstedt	<b>Evaluierung Personalnachbesatz Exekutive</b>	Angenommen  <i>„dass sich der Landesvorstand für eine Evaluierung der Einstellungszahlen bzgl. des Personalnachbesatzes im Exekutivbereich einsetzt. Dabei sollte vor allem der prozentuale Aufschlag auf die regulären Zuruhesetzungen, der zur Bewältigung der neuen Herausforderungen, die sich u. a. durch Audit „berufundfamilie“ sowie erhöhte Teilzeitarbeit für unsere Polizeiorganisation ergeben haben und</i>

			<i>noch verstärken werden, überprüft werden, ob das damit verknüpfte Ziel auch ausreichend erreicht wurde bzw. wird.“</i>
D 008	BG Braunschweig	<b>Freisetzung (Katalog möglicher Dienstposten)</b>	Angenommen in der Fassung  <i>„dass eine neue Initiative zur Wiederaufnahme und Fortführung des Freisetzungsprogramms angestoßen und zügig umgesetzt wird. Dazu ist der beispielhafte Katalog der zur Freisetzung geeigneten Dienstposten (siehe Anlage) zu aktualisieren. Bei freiwerdenden Dienstposten und geeigneter Bewerberlage, sind Freisetzungen für Verwaltungsbeamtinnen und -beamte und Tarifbeschäftigte zu realisieren.“</i>
D 009	BG Braunschweig	<b>Ausschreibung DP auch für Verwaltung und Tarif</b>	Nichtbefassung, da D 008 weitergehend
D 010	BG Braunschweig	<b>Kostenübernahme Gleitsichtbrillen Waffenträger und PC-Arbeitsplätzen</b>	Angenommen in der Fassung  <i>„dass eine Verbesserung in der Kostenübernahme für Gleitsichtbrillen insbesondere bei den waffentragenden Kolleginnen und Kollegen und bei den PC-Arbeitsplätzen erreicht wird.“</i>
D 011	BG Braunschweig	<b>Dienstlicher Rechtsschutz für alle Besoldungsgruppen</b>	Angenommen  <i>„dass dienstlicher Rechtsschutz für alle Besoldungsgruppen gewährt wird.“</i>
D 012	BG Braunschweig	<b>Grundsätze für Zusammenarbeit und Führung</b>	Antrag zurückgezogen
D 013	BG Braunschweig	<b>Überprüfung des Modells „Wirkungsorientiertes Polizeimanagement“</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial  <i>„sich für eine Überprüfung des Modells „Wirkungsorientiertes Polizeimanagement“ einzusetzen und alle bekanntermaßen unwirksamen bzw. nicht angewendeten Bestandteile aufheben zu lassen.“</i>
D 014	BG Göttingen	<b>Dienstliches Internet für die allgemeine Nutzung freigeben</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial  <i>„dass das dienstliche Internet für die allgemeine Nutzung frei gegeben wird (mit Einschränkungen).“</i>
D 015	BG Göttingen	<b>Zentralisierung der Leitstellen kritisch überprüfen</b>	Angenommen  <i>„dass die Planungen zur Zentralisierung der</i>

			<b>Leitstellen in Niedersachsen kritisch überprüft und ggf. zurückgenommen wird. (Verbleib der Leitstellen auf Ebene der PI)“</b>
D 016	BG Göttingen	<b>Einführung einheitliches / effektives Zeiterfassungssystem</b>	Angenommen  <b>„dass in der Landespolizei ein einheitliches und effektives Zeiterfassungssystem schnellst möglich eingeführt wird.“</b>
D 017	BG Lüneburg	<b>Entlastung im Hauptamt bei Nebenamt</b>	Angenommen  <b>„dass die Mehrleistung durch Tätigkeiten im Nebenamt entsprechend gewürdigt wird und eine tatsächliche Entlastung im Hauptamt erfolgt.“</b>
D 018	BG Lüneburg	<b>Erlass „Fürsorgepflicht des Dienstherrn bei Gewalt gegen Polizeibeamte/-innen“ ändern</b>	Angenommen  <b>„dass der Erlass „Fürsorgepflicht des Dienstherrn bei Gewalt gegen Polizeibeamte“ verändert wird.“</b>
D 019	BG Lüneburg	<b>Übernahmeerklärung Arztkosten bei Verletzung im Dienst</b>	Angenommen  <b>„dass insbesondere beihilfeberechtigten Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst verletzt worden sind, eine Kostenübernahmeerklärung der OFD / Beihilfestelle für Arztrechnungen ausgehändigt wird, damit die Betroffenen nicht in finanzielle Vorleistung treten müssen.“</b>
D 020	BG Lüneburg	<b>Gleiche Ausstattung der PDen mit Polizeiarzten</b>	Angenommen  <b>„dass eine gleichgroße Ausstattung mit Polizeiarzten in den einzelnen Polizeibehörden eingeführt wird.“</b>
D 021	BG Lüneburg	<b>Reform dienstlicher Rechtsschutz</b>	Angenommen  <b>„dass eine Reform des dienstlichen Rechtsschutzes als Fürsorgepflicht des Dienstherrn durchgeführt wird.“</b>
D 022	BG Oldenburg	<b>Erstbeurteiler-Zuständigkeit an die DAL/DSL A 12</b>	Antrag zurückgezogen
D 023	BG Oldenburg	<b>Sonderurlaub stundenweise</b>	Antrag zurückgezogen
D	BG Oldenburg	<b>Ausrüstung mit</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial zu D 001

024		gelbem Anorak in Blousonform	<b>„dass die Polizeibeamtinnen und -beamten mit einem gelben Anorak in Blousonform ausgerüstet werden.“</b>
D 025	BG Oldenburg	Dienstliches Schwimmen in öffentlichen Bädern ohne Polizeischwimmausbilder	Angenommen <b>„dass das dienstliche Schwimmen für Polizeibeamte/-innen in öffentlichen Bädern ohne Polizeischwimmausbilder stattfinden kann.“</b>
D 026	BG Oldenburg	81er „Gleitzeit“ mit dstl. Aus- und Fortbildung zu 100 % als Arbeitszeit	Angenommen <b>„dass eine neue Rahmendienstvereinbarung (81'ger) „Gleitzeit“ mit dem MI Nds. vereinbart wird, in der die Fahrten zu dienstlichen Aus- und Fortbildungsveranstaltungen zu 100 % als Arbeitszeit gewertet werden.“</b>
D 027	BG Oldenburg	Aus- und Fortbildungsoffensive IT-Beschäftigten	Angenommen <b>„dass es zu einer Aus- und Fortbildungsoffensive für die Beschäftigten in den IT-Bereichen kommt. Unsere Kolleginnen und Kollegen können sich den aktuellen Erfordernissen nur noch über ein hohes Maß an persönlicher und privater Initiative stellen. IT-Fachseminare werden für das vorhandene Fachpersonal quantitativ wie auch qualitativ in nicht ausreichender Zahl angeboten.“</b>
D 028	KG ZPD	PHuStN Hannover durchgängig 24-Stunden-Dienst	Angenommen <b>„dass bei der Polizeihubschrauberstaffel Niedersachsen (PHuStN) in Hannover durchgängig 24-Stunden-Dienst mit eigenen Kräften und Maschinen durchgeführt wird.“</b>
D 029	KG ZPD	Gespräch IM und PHuStN	Antrag zurückgezogen
D 030	KG Bereitschaftspolizei Oldenburg	Uniform, die Einsatzbedingungen gerecht wird	Antrag als Arbeitsmaterial zu D 032 <b>„dass die Einsatzkräfte der Polizei Niedersachsen endlich mit Uniformen ausgestattet werden, die den Einsatzbedingungen gerecht werden.“</b>
D 031	KG Bereitschaftspolizei Oldenburg	Neuregelung Unfall in Dienstzeit / Beihilfe	Antrag zurückgezogen
D 032	FA Bereitschaftspolizei	Materials zweiteiliger Einsatzanzug	Angenommen <b>„dass die Qualität des verwendeten Materials / Stoffes beim zweiteiligen Einsatzanzug –jetzt Baumwollfasern- in zukünftig -Aramidfasern-</b>

			<b>entsprechend der Empfehlungen der bundesweiten Projektgruppe „Einsatzausstattung und -bekleidung der Bereitschaftspolizeien des Bundes und der Länder“ verbessert wird, weil die Textilstruktur von Aramid langlebiger ist als Baumwollfasern.“</b>
D 033	FA Bepo	<b>Verjüngung Fahrzeugpark der Bereitschaftspolizei</b>	Angenommen in der Fassung:  <b>„ den Fahrzeugpark/-pool bei der Bereitschaftspolizei Nds. zu „verjüngen“, insbesondere durch eine zusätzliche Ausstattung mit Halbgruppenfahrzeugen, die über die notwendigen Sicherheitsstandards verfügen und den Vorschriften des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit entsprechen. Es soll ein Antrag auf den Bundeskongress 2014 gestellt werden.“</b>
D 034	JUNGE GRUPPE	<b>Erhöhung Sport und AZT-Anteil PA</b>	Angenommen in der Fassung:  <b>„dass der Sport und AZT-Anteil im Bachelorstudium erhöht wird.“</b>
D 035	JUNGE GRUPPE	<b>Statt Verpflegungspauschale gesunde, ausgewogene Ernährung</b>	Angenommen  <b>„dass bei polizeilichen Einsatzlagen anstatt einer Versorgungspauschale eine gesunde, ausgewogene Ernährung gewährleistet wird.“</b>
D 036	Landesseniorenvorstand	<b>Kranzspenden und Nachrufanzeigen</b>	Angenommen  <b>„dass hinsichtlich von Kranzspenden und Nachrufanzeigen beim Ableben von Beschäftigten wieder eine landesweite Regelung geschaffen wird, bei der eine Gleichheit in der Behandlung von aktiven und ausgeschiedenen Beschäftigten hergestellt wird.“</b>
D 037	BG LKA	<b>Mittel zur Sanierung der Bausubstanz v. Polizeidienstgebäuden</b>	Angenommen  <b>„dass die Landesregierung mehr Mittel zur Sanierung der Bausubstanz von Polizeidienstgebäuden einsetzt.“</b>
D 038	BG LKA	<b>Polizeidienststellen stärken, die Einbruchsdiebstähle bearbeiten</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial  <b>„dass die Polizeidienststellen, die mit der Bearbeitung von Einbruchsdiebstählen beauftragt sind, wirksam personell verstärkt werden.“</b>
D 039	BG Oldenburg	<b>Dienstposten Wirtschaftsleiter</b>	Angenommen in der Fassung:  <b>„dass Stellenhebungen für alle Dienstposten / Arbeitsplätze „Wirtschaftsleiter“ der Polizeiinspektionen nach A 12 / E 12 bewertet werden und</b>

			<b>alle Wirtschaftsverwaltungen mit einem zweiten Dienstposten / Arbeitsplatz gehobener Dienst ausgestattet werden.“</b>
G 001	BG Braunschweig	<b>Verbot unbefugter Verwendung von Polizeiuniformen</b>	Angenommen  <b>„dass ein Schutz erreicht wird, der das unbefugte Tragen, Veräußern und sonstige Benutzen von Uniformen und -teilen der niedersächsischen Polizei verbietet. Darüber hinaus ist eine bundeseinheitliche Regelung anzustreben.“</b>
G 002	BG Göttingen	<b>Fortsetzung Aufarbeitung/ Vermittlung Polizei im NS-Staat</b>	Angenommen:  <b>„dass die Aufarbeitung und Vermittlung der Rolle und Funktion der Polizei im NS-Staat engagiert fortgesetzt wird.“</b>
G 003	BG Oldenburg	<b>Abschaffung Status politischer Beamte für PPs</b>	Angenommen  <b>„dass der Status der Polizeipräsidenten als politische Beamte abgeschafft wird.“</b>
G 004	BG Osnabrück	<b>Chancengleichheit beim Zugang zum Polizeidienst</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial  <b>„Chancengleichheit beim Zugang zum Polizeidienst  Der Antrag stellt die Forderung an die politischen Gremien und gesellschaftlichen Institutionen, Bewerbern aus allen Herkunftsländern, den gleichberechtigten Zugang zum Polizeidienst zu ermöglichen.“</b>
G 005	JUNGE GRUPPE	<b>Logo der GdP auf DGB-Flugblättern</b>	Angenommen  <b>„dass Gespräche mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund geführt werden, die zum Ziel haben, das Logo der GdP (analog das Logo der JUNGEN GRUPPE) von Flugblättern zu entfernen, auf denen zum zivilen Ungehorsam, Blockadeaktionen und ähnlichem aufgerufen wird.“</b>
G 006	Landesseniorenvorstand	<b>Frist für Nachzahlung von Steuerschulden</b>	Nichtbefassung
G 007	Landesseniorenvorstand	<b>Gehalts- und Prämienansprüche von Managern beschneiden</b>	Nichtbefassung
G 008	Landesseniorenvorstand	<b>Private Altersvorsorgeversicherung soll sich</b>	Nichtbefassung

		<b>lohn</b>	
G 009	Landesseniorenvorstand	<b>Zinsen für Spareinlagen</b>	Nichtbefassung
G 010	Landesseniorenvorstand	<b>Kostenloser Zugang zu allen ÖR-Sendern</b>	Nichtbefassung
G 011	Landesseniorenvorstand	<b>Keine Verschlechterungen in der Beihilfe</b>	Angenommen <i>„dass keine weiteren Verschlechterungen in der Niedersächsischen Beihilfeverordnung vorgenommen werden.“</i>
G 012	Landesseniorenvorstand	<b>Absenkung Versorgungsbezüge/geplante Rentenkürzungen rückgängig machen</b>	Angenommen <i>„dass die Absenkung der Versorgungsbezüge und die geplanten Rentenkürzungen rückgängig gemacht werden.“</i>
G 013	Landesseniorenvorstand	<b>Besoldung/Versorgung in Bund und Ländern wieder einheitlich</b>	Angenommen <i>„dass die gesetzlichen Bestimmungen, die die Besoldung und Versorgung in Bund und Ländern regeln, wieder vereinheitlicht werden.“</i>
G 014	Landesseniorenvorstand	<b>Privatisierung der Wasserwirtschaft</b>	Nichtbefassung
G 015	Landesseniorenvorstand	<b>Weltweiten Börsenhandel mit Grundnahrungsmitteln verbieten</b>	Nichtbefassung
G 016	BG LKA	<b>Gebühren ö-r Sender pauschal haushaltsbezogen berechnen</b>	Nichtbefassung
G 017	BG LKA	<b>Kontrolldichte der Polizei erhöhen</b>	Nichtbefassung
G 018	BG LKA	<b>Gewalt von Links nicht tolerieren</b>	Angenommen <i>„dass nicht nur Gewalt von Rechts, sondern gleichermaßen auch von Links in der Gesellschaft nicht toleriert wird.“</i>

G 019	BG LKA		Zurückgezogen
S 001	KG Goslar	Internetplattform für Landesfachausschüsse	Ablehnung
S 002	KG Goslar	Internetplattform Veröffentlichung Beschlüsse LDT	Angenommen in der Fassung: <b>„dass die Beschlüsse des LDT und des LBR im Internet veröffentlicht werden.“</b>
S 003	KG Goslar	AG zur Überprüfung der GdP-Stellungnahme Umorganisation 2003/2004	Erledigt
S 004	BG Braunschweig	Argumentationshilfen zur Mobilisierung für Demos	Angenommen <b>„dass eine Argumentationshilfe erarbeitet wird, die sich mit dem Mobilisieren von Demonstrationsteilnehmern/-innen befasst.“</b>
S 005	BG Braunschweig	AG zur Gewinnung junger Menschen für gewerkschaftliche Arbeit	Angenommen <b>„dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die sich mit der Gewinnung von jungen Kolleginnen und Kollegen für die gewerkschaftliche Arbeit befasst.“</b>
S 006	BG ZPD	Änderung in „Bezirksgruppe ZPD Niedersachsen“	Angenommen <b>„dass die Bezirksgruppe Zentrale Polizeidirektion die Zusatzbezeichnung „Niedersachsen“ trägt und zukünftig als „Bezirksgruppe ZPD Niedersachsen“ bezeichnet wird.“</b>
S 007	BG ZPD	Aktualisierung Rechtsschutzordnung	Zurückgezogen
S 008	BG ZPD	Rechenschaft Rechtsschutzkommission – LDT	Angenommen in der Fassung <b>„dass die Rechtsschutzkommission der GdP Niedersachsen dem LDT einen schriftlichen Rechenschaftsbericht über den Rechtsschutz ablegt.“</b>
S 009	BG ZPD	RS-Anträge innerhalb von 2 Wochen bescheiden	Zurückgezogen



S 010	BG ZPD	§ 17 Abs. 6 VSO (Protokolle)	<p>Angenommen</p> <p><b>„dass § 17 Abs. 6 (Protokolle) der Versammlungs- und Sitzungsordnung (VSO) zukünftig folgendermaßen lautet:</b></p> <p><b>Über den Ablauf des Bundeskongresses ist ein Wortprotokoll zu fertigen. Einsprüche gegen das Protokoll des Bundeskongresses von Teilnehmern/Teilnehmerinnen und Organen der GdP müssen spätestens vier Wochen nach Versendung beim Bundesvorstand eingelegt werden. Wird dem Einspruch stattgegeben, entscheidet über ihn der Bundeskontrollausschuss. Bei Landesdelegiertentagen ist entsprechend zu verfahren.“</b></p>
S 011	BG ZPD	§ 17 Abs. 4 VSO	<p>Angenommen:</p> <p><b>„dass § 17 Abs. 4 (Protokolle) der Versammlungs- und Sitzungsordnung zukünftig folgendermaßen lautet:</b></p> <p><b>Von Protokollen über Sitzungen von Organen der GdP gem. § 10 der Satzung sowie über Vorstands-, Kommissions- und Ausschusssitzungen erhält jede/r Teilnehmer/in eine Ausfertigung.“</b></p>
S 012	BG ZPD	Bericht Aufsichtsratsv orsitzender der GmbH vor LDT	<p>Angenommen:</p> <p><b>„dass der oder die Vorsitzende des Aufsichtsrates der „GdP-Mitgliederservice GmbH Niedersachsen - GdP-Touristik“ dem Landesdelegiertentag der GdP Niedersachsen über seine Arbeit ausführlich berichtet.“</b></p>
S 013	BG ZPD	Vorlage Jahresabschlü sse GmbH beim LDT	<p>Angenommen als Arbeitsmaterial</p> <p><b>„dass der Geschäftsführende Vorstand dem Landesdelegiertentag die Jahresabschlüsse der „GdP-Mitgliederservice GmbH Niedersachsen - GdP-Touristik“ der zurückliegenden Legislatur-periode vorlegt.“</b></p>
S 014	BG ZPD	Kontrollaussch ussvorsitzende r nicht Aufsichtsratsv orsitzender	<p>Angenommen als Arbeitsmaterial</p> <p><b>„dass der oder die Vorsitzende des Kontrollausschusses (§ 22 der Satzung der GdP Niedersachsen) <u>nicht</u> das Amt eines oder einer Aufsichtsratsvorsitzenden bei einer Gesellschaft ausübt, die der GdP Niedersachsen gehört oder an der die GdP Niedersachsen Geschäftsanteile besitzt.“</b></p>
S 015	BG ZPD	Benennung Aufsichtsratsv orsitzender	<p>Angenommen als Arbeitsmaterial</p>

		GmbH durch LaVo	<b>„dass die Mitglieder, der oder die Vorsitzende und der oder die Vertreterin im Aufsichtsrat der „GdP-Mitgliederservice GmbH Niedersachsen -GdP-Touristik“ durch den Landesvorstand der GdP Niedersachsen benannt werden.“</b>
S 016	BG ZPD	Mitgliederbefragung Tarifverhandlungsergebnisse	<p>Angenommen als Arbeitsmaterial</p> <p><b>„dass eine Mitgliederbefragung zu einem Tarifverhandlungsergebnis durch den Landesvorstand der GdP Niedersachsen durchgeführt wird.</b></p> <p><b>Sprechen sich mehr als 75 % der zur Mitgliederbefragung aufgerufenen Mitglieder gegen die Annahme des Verhandlungsergebnisses aus, kann der Landesvorstand dieses Votum wie eine Urabstimmung zu einem Erzwingungsstreik behandeln. Wenn sich mehr als 25 % der zur Abstimmung aufgerufenen Mitglieder für die Annahme des Verhandlungsergebnisses entscheiden, kann der Arbeitskampf beendet werden.“</b></p>
S 017	BG ZPD	§ 30 Abs. 2 – Satzung ergänzende SitzungsO	<p>Angenommen</p> <p><b>„dass § 30 Satz 2 der Satzung der GdP Niedersachsen Folge geleistet wird und eine ergänzende Sitzungsordnung für die Durchführung der Sitzungen des Landesvorstandes und Beirates erstellt wird.“</b></p>
S 018	BG ZPD	Anschaffung GdP-Mobil	Zurückgezogen
S 019	BG ZPD	Jährlicher Infotag für Vertrauensleute	<p>Angenommen als Arbeitsmaterial</p> <p><b>„dass die GdP Niedersachsen in jedem Kalenderjahr mindestens einen Informationstag für die benannten Vertrauensleute durchführt.“</b></p>
S 020	JUNGE GRUPPE	Personalmanagement der GdP	<p>Angenommen als Arbeitsmaterial in der Fassung</p> <p><b>„dass nicht nur die Polizei Niedersachsen, sondern auch die GdP ein zukunftsorientiertes und nachhaltiges Personalmanagement entwickelt und betreibt. Dieses soll den demografischen Wandel ausreichend berücksichtigen und die Entwicklung der einzelnen Mitarbeiter/-innen neben der Organisationsentwicklung gleichberechtigt voranbringen.</b></p> <p><b>Zielorientierte Personalentwicklung fängt bei der Nachwuchsgewinnung an, beinhaltet die kontinuierliche Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten und die Qualifizierung von Führungskräften vor allem im Bereich des Veränderungsmanagements. Darüber hinaus soll sich der Landesvorstand für eine nachhaltige</b></p>

			<p><b>Personalentwicklung einsetzen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stärkt und Wissensmanagement nutzt, damit die Kenntnisse ausscheidender Kolleginnen und Kollegen nicht verloren gehen.</b></p> <p><b>Auf die Potentiale der jungen Beschäftigten muss in der GdP und in der Polizei unbedingt zurückgegriffen werden. Aus den jungen Kolleginnen und jungen Kollegen rekrutieren sich die Funktionäre und Führungskräfte von Morgen!</b></p> <p><b>Darum fordern wir, dass der geschäftsführende Landesvorstand ab seiner konstituierenden Sitzung um einen beratenden Beisitzer aus dem geschäftsführenden Landesjugendvorstand erweitert wird. Dieser wird wechselnd durch den geschäftsführenden Landesjugendvorstand benannt.“</b></p>
S 021	JUNGE GRUPPE	Facebook-Auftritt der GdP Niedersachsen	<p>Angenommen</p> <p>„dass ein Facebook-Auftritt der GdP Niedersachsen entwickelt und schnellstmöglich umgesetzt wird.“</p>
S 022	JUNGE GRUPPE	Einheitliche Reisekosten mind. 0,25 €	<p>Angenommen in der Fassung</p> <p>„dass die Reisekosten innerhalb der GdP Niedersachsen für alle Gremien mindestens 025 € pro gefahrenen Kilometer betragen.“</p>
S 023	JUNGE GRUPPE	Polizeifachhandbuch als Werk der GdP kennzeichnen	<p>Angenommen als Arbeitsmaterial</p> <p>„dass das Polizeifachhandbuch als Werk der GdP gekennzeichnet wird.“</p>
S 024	JUNGE GRUPPE	Logistikkonzept / Werbemittel zur Imagedarstellung	<p>Angenommen als Arbeitsmaterial</p> <p>„dass Werbemittel zur Imagedarstellung (Fahnen, Banner, Pavillons, Shirts etc.) durch die Landesgeschäftsstelle beschafft werden, immer in ausreichender Anzahl vorhanden sind und den Untergliederungen und Personengruppen zur Verfügung gestellt werden. Damit einhergehend wird gefordert, ein entsprechendes Logistikkonzept zu entwickeln, um die Materialien den Untergliederungen und Personengruppen zugänglich zu machen.</p> <p><b>In diesem Zusammenhang soll der Landesvorstand der GdP Niedersachsen zusammen mit den Untergliederungen und Personengruppen ein einheitliches Konzept zur Nachwuchswerbung und Mitgliederhaltung entwickeln, welches mit einheitlichen Maßnahmen und Mitteln hinterlegt ist.“</b></p>
S 025	JUNGE GRUPPE	GdP Imagefilm überarbeiten	Zurückgezogen

S 026	JUNGE GRUPPE	<b>Seminarprogramm von der GdP Niedersachsen</b>	Angenommen in der Fassung  <i>„dass ein Seminarprogramm von der GdP Niedersachsen in Zusammenarbeit mit den Bezirks- und Personengruppen weiterentwickelt wird, das allen Mitgliedern zugänglich gemacht wird.“</i>
S 027	JUNGE GRUPPE	<b>Familienbeitrag für Eheleute</b>	Ablehnung
S 028	JUNGE GRUPPE	<b>Feste Rubrik „JUNGE GRUPPE NEWS“ in DP</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial  <i>„dass im Landesteil der monatlich erscheinenden Deutschen Polizei eine feste Rubrik „JUNGE GRUPPE NEWS“ installiert wird, die, wenn entsprechende Inhalte vorliegen, einen garantierten Anspruch auf eine vollständige Seite (ohne Werbung) hat. Über das Layout entscheidet der Landesjugendvorstand der JUNGEN GRUPPE Niedersachsen.“</i>
S 029	JUNGE GRUPPE	<b>GdP-Internetauftritt moderner und übersichtlicher</b>	Nichtbefassung
S 030	JUNGE GRUPPE	<b>Zulassung moderner Sitzungs- und Kommunikationsmittel zur Abstimmung</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial  <i>„dass moderne Sitzungs- und Kommunikationsmittel zur Abstimmung zugelassen werden und die Versammlungs- und Sitzungsordnung entsprechend angepasst wird.“</i>
S 031	JUNGE GRUPPE	<b>Direktlink</b>	Angenommen in der Fassung  <i>„dass die JUNGE GRUPPE (GdP) Nds. einen Direktlink (z. B. <a href="http://www.jgniedersachsen.de">www.jgniedersachsen.de</a>) erhält, der auf den Internetauftritt der JUNGEN GRUPPE führt.“</i>
S 032	Landesseniorenvorstand	<b>Erweiterung Organisationsbereich Senioren</b>	Angenommen  <i>„dass der Art. 3 der Zusatzbestimmungen Seniorengruppe Niedersachsen wie folgt geändert wird:</i>  <i>Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei – sofern sie Pensionäre, Pensionärinnen, Rentner, Rentnerinnen oder Hinterbliebene sind – gehören der Seniorengruppe Niedersachsen an. Das gleiche gilt für Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befinden.</i>  <i>Vorstandsfunktionen können in der Seniorengruppe auch von GdP-Mitgliedern ausgeübt werden, wenn sie sich noch nicht im Ruhestand oder sich in der</i>

			<b>Freistellungsphase befinden, aber das 55. Lebensjahr vollendet haben.“</b>
S 033	Landesseniorenvorstand	<b>§ 12 Absatz 1a) Landessatzung Berichte zum DT</b>	Zurückgezogen
S 034	Landesseniorenvorstand	<b>Ehemalige Zeiten der Mitgliedschaften innerhalb der GdP</b>	Zurückgezogen
S 035	Landesseniorenvorstand	<b>Senioren qualifizieren für Vorstandsarbeit</b>	Angenommen in der Fassung <b>„dass Seniorenvorstandsmitglieder und Seniorensprecher durch entsprechende Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für ihre aus § 2 und § 25 Absatz 3 der Landessatzung resultierenden Aufgaben qualifiziert werden.“</b>
S 036	Landesseniorenvorstand	<b>Mitglied der Landesseniorengruppe als vollwertiges Mitglied in den GsV</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial <b>„dass ein Mitglied der Landesseniorengruppe als vollwertiges Mitglied in den geschäftsführenden Vorstand gewählt wird.“</b>
S 037	Landesseniorenvorstand	<b>Sterbegeldbeihilfe</b>	Angenommen in der Fassung <b>„dass Sterbegeldbeihilfe wie folgt gewährt wird: im Todesfall des Mitglieds 510,00 € / im Sterbefall der/s Ehepartners/-in oder der/s eingetragenen Lebenspartners/-in 310,00 €.“</b>
S 038	Landesseniorenvorstand	<b>Strategien neue Erscheinungsformen Kriminalität durch FAe</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial in der Fassung <b>„dass auf Landesebene/Bundesebene Vorschläge (Strategien) zur wirksamen Bekämpfung neuer Erscheinungsformen der Kriminalität in den Bereichen</b> <b>1. Illegaler Organhandel</b> <b>2. Gewalt gegen Hilflose und Pflegebedürftige und unnötige Einschränkung von Freiheitsrechten in Pflegeeinrichtungen</b> <b>3. Fälschungen von und Betrug mit Arzneimitteln im internationalen Warenverkehr</b> <b>4. Wettbetrug und Korruption</b> <b>entwickelt werden.“</b>
S 039	GsV	<b>Satzungsänderung: Kassenprüfer</b>	Angenommen in der Fassung: <b>„dass § 27 Abs. 3 und § 28 Abs. 3 folgendermaßen geändert werden:</b> <b>§ 27 Abs. 3: der Kreisgruppenvorstand sowie zwei</b>

			<p><b>Kassenprüfer/-innen sind in jedem vierten Jahr durch die Mitgliederversammlung der Kreisgruppe zu wählen. Wiederwahl ist mit Ausnahme der Kassenprüfer/-innen, die nur einmal wiedergewählt werden können zulässig. Ein überlappender Wechsel ist anzustreben.</b></p> <p><b>§ 28 Abs. 3 Satz 3: der Bezirksgruppenvorstand sowie zwei Kassenprüfer/-innen sind in jedem vierten Jahr durch die Mitgliederversammlung der Bezirksgruppe oder durch die Delegiertenversammlung der Bezirksgruppe zu wählen. Wiederwahl mit Ausnahme der Kassenprüfer/-innen ist zulässig.“</b></p>
S 040	GsV	Satzungsänderung: Haushaltspläne	<p>Angenommen</p> <p><b>„dass § 12 Abs. 1 a) der Satzung dahingehend geändert wird, dass</b></p> <p><b>...über den Haushalt für das im Jahr des Delegiertentages laufende Haushaltsjahr</b></p> <p><b>gestrichen und durch</b></p> <p><b>....über den Haushaltsplan für das dem Jahr des Delegiertentages folgende Haushaltsjahr</b></p> <p><b>ersetzt wird.“</b></p>
S 041	GsV	PHPR-Mitglieder in LaVo	<p>Angenommen in der Fassung</p> <p><b>„§ 20 der Satzung dahingehend geändert wird, dass vor Abs. 3 (alt) ein neuer Absatz eingefügt wird, die Absätze 3 – 6 werden zu Absätzen 4 – 7.</b></p> <p><b>3. Mitglieder der GdP-Fraktion des PHPR (soweit sie nicht Ersatzmitglieder sind), die nicht unter die Absätze 1 oder 2 fallen, sowie der HVSB, sofern er der GdP angehört, haben das Recht an den Sitzungen des Landesvorstandes mit beratender Stimme teilzunehmen.“</b></p>
S 042	Landesvorstand	Neue Rechtschutzordnung	<p>Angenommen in der Fassung (siehe Anlage)</p>
T 001	Tarifkommission	Altersteilzeit	<p>Angenommen als Arbeitsmaterial zu T 003</p> <p><b>„dass die Förderung der Altersteilzeit wieder eingeführt wird.“</b></p>
T 002	Tarifkommission	Freisetzungsprogramm / Budget / Planstellen	<p>Angenommen</p> <p><b>„dass das Freisetzungsprogramm auf Grundlage des Attraktivitätsprogrammes der GdP wieder eingeführt und das notwendige Budget den Behörden und</b></p>

			<b>Einrichtungen zur Verfügung gestellt wird. Dieses sollte auch mit der Umwandlung der Planstellen einhergehen.“</b>
T 003	BG LKA	<b>Tarifverhandlungen EG 12</b>	<p>Angenommen in der Fassung</p> <p><b>„dass bei den Tarifverhandlungen im Jahr 2015 die Große Tarifkommission darauf hinwirkt, dass entsprechend der Ausführungen über vermessungstechnische und landkartentechnische Beschäftigte (Vermessungsingenieure, Entgeltordnung vom 1.1.2012, Teil 2, Nr. 22.1 Ingenieure, Entgeltgruppe 12, Fallgruppe 3. und 4., sowie Protokollerklärungen Nr. 1 und Nr. 2) auch Ausführungen über kriminaltechnische Sachverständige in der Kriminaltechnik (Daktyloskopie, Waffentechnik, IT, Form- und Schuhspuren, Handschriften und Urkunden) aufgenommen werden, damit eine einheitliche Eingruppierung in die Entgeltgruppe E 12 erfolgen kann.“</b></p>
T 004	BG LKA	<b>Zusätzliches Beschäftigungsvolumen zur Umwandlung befristeter Beschäftigungsverhältnisse</b>	<p>Angenommen in der Fassung</p> <p><b>„dass dem Landeskriminalamt Niedersachsen zusätzliches Beschäftigungsvolumen und Budget zur Verfügung gestellt wird, um langfristig befristete Beschäftigungsverhältnisse in unbefristete umzuwandeln.“</b></p>
T 005	BG LKA	<b>Familien- und Kinderzuschlag im TV-L</b>	<p>Angenommen als Arbeitsmaterial</p> <p><b>„dass die Tarifkommission bei den Tarifverhandlungen die Wiedereinführung eines Familien- und Kinderzuschlages fordern wird.“</b></p>
T 006	KG Salzgitter	<b>§ 20 TV-L, anteilige Sonderzahlung</b>	<p>Angenommen</p> <p><b>„dass Tarifverhandlungen aufgenommen werden, um den § 20 Abs. 1 TV-L so zu verändern, dass Beschäftigte, die wegen</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li><b>1. Erreichens der Altersgrenze oder</b></li> <li><b>2. Ausscheidens aus dem Arbeitsverhältnis wegen verminderter Erwerbsfähigkeit oder</b></li> <li><b>3. Erfüllung der Voraussetzungen nach §§ 37, 236 und 236 a SGB VI oder</b></li> <li><b>4. Ausscheidens aufgrund der Inanspruchnahme von Altersteilzeit nach dem Altersteilzeitgesetz</b></li> </ol> <p><b>am 1. Dezember nicht mehr in einem Arbeitsverhältnis stehen, mindestens einen Anspruch auf anteilige Jahressonderzahlung (1/12 je Monat) erhalten.</b></p> <p><b>Erkrankten Beschäftigten, die am 1. Dezember keinen Anspruch auf Entgelt bzw. Entgeltfortzahlung haben,</b></p>

			<b>soll die Jahressonderzahlung in vollem Umfang zustehen.“</b>
T 007	BG Braunschweig	<b>Personalentwicklungskonzept Tarifbereich</b>	Angenommen in der Fassung:  <b>„dass ein Rahmenkonzept zur Personalentwicklung horizontal wie auch vertikal für den Tarifbereich entwickelt und umgesetzt wird.“</b>
T 008	BG Braunschweig	<b>Mehr Plätze Angestelltenlehrgänge I und II</b>	Angenommen:  <b>„dass die Plätze für die Angestelltenlehrgänge I und II für die Polizeiverwaltung erhöht werden, damit bei Realisierung des Freisetzungsprogramms in der Polizei die derzeit beschäftigten Kolleginnen und Kollegen freierwerdende höherwertige Arbeitsplätze übernehmen können.“</b>
T 009	BG Oldenburg	<b>Rücknahme Abschmelzung „Schreibdienst“-Zulage</b>	Angenommen  <b>„dass der Erlass des MF vom 12.01.2012, zum/zur Wegfall/Abschmelzung der Zulagen für den „Schreibdienst“ zurückgenommen und der bereits reduzierte Betrag für das Haushaltsjahr 2013 den betroffenen Kolleginnen und Kollegen ausgezahlt wird.“</b>
T 010	BG Oldenburg	<b>§ 19 TV-L Zulagenerhöhung</b>	Angenommen als Arbeitsmaterial zu T 011  <b>„dass eine Erhöhung der tariflichen Zulagen gem. § 19 TV-L (z.B. Zulage für die Reinigung von Gewahrsamszellen, etc.) für unsere Kolleginnen und Kollegen im Rahmen der nächsten Tarifverhandlungen positiv verändert werden.“</b>
T 011	BG Oldenburg	<b>Reinigung Raumschließanlagen als Zulage § 19 TV-L</b>	Angenommen:  <b>„dass die Reinigung von Raumschließanlagen in den Katalog der tariflichen Zulagen gem. § 19 TV-L (für die Polizeiverwaltung) im Rahmen der nächsten tariflichen Verhandlungen aufgenommen wird.“</b>
T 012	KG ZPD Technik	<b>§ 14 Absatz 2 TV-L; persönliche Zulagen</b>	Angenommen in der Fassung  <b>„dass der Landesbezirk der GdP Niedersachsen gemäß § 14 Absatz 2 TV-L über einen Tarifvertrag regelt, dass für bestimmte Tätigkeiten festgelegt wird, persönliche Zulagen bereits bei vorübergehend übertragener Tätigkeit ab dem 3. Arbeitstag zu gewähren.“</b>
T 013	BG ZPD	<b>Altersteilzeit für Beschäftigte der Polizei</b>	Angenommen  <b>„dass eine Regelung für die Beschäftigten der Polizei</b>



			<b>des Landes Niedersachsen über Altersteilzeit erarbeitet und sich für die Einführung eingesetzt wird.“</b>
T 014	BG ZPD	<b>§ 29 Absatz 4 TV-L Arbeitsbefreiung für gewerkschaftliche Tätigkeiten</b>	Angenommen  <b>„dass § 29 Abs. 4 TV-L so geändert wird, dass eine Arbeitsbefreiung unter Fortzahlung des Entgelts von tarifbeschäftigten Mitgliedern der GdP Niedersachsen auch in den Strukturen der GdP Niedersachsen (Kreisgruppen und Bezirksgruppen) erfolgen kann.“</b>
T 015	Landesseniorenvorstand	<b>Streichung Zusatzbeitrag 0,9% GKV</b>	Angenommen  <b>„dass der im Rahmen der Gesundheitsreform 2004 (ab 01.07.2005 gültig) eingeführte Zusatzbeitrag in Höhe von 0,9% in die gesetzliche Krankenversicherung für alle GKV-Mitglieder einschließlich Rentnerinnen und Rentner gestrichen wird.“</b>
T 016	Landesfrauenvorstand	<b>Tarifbeschäftigte nach 25 Jahren Wechselschichtdienst 1 Jahr früher in Rente</b>	Angenommen in der Fassung  <b>„dass auch Tarifbeschäftigte, die 25 Jahre Wechselschichtdienst geleistet haben, ohne Abzüge ein Jahr früher in Rente gehen können. Die dazu notwendigen Renten- und VBL-Beiträge sind vom Arbeitgeber einseitig zu leisten.“</b>